



Bild: stock.adobe.com - Blue Planet Studio

# NACHHALTIGKEIT UND KLIMASCHUTZ

Fakten | Argumente | Positionen

## Status quo/aktuelle Situation für Unternehmen

In den vergangenen Jahren ist das Thema Nachhaltigkeit immer wichtiger geworden – auch in und für die Wirtschaft. Nachhaltigkeit und damit verbunden Klimaschutz und Energie sind Themen, die unbedingt zusammengedacht werden müssen – sowohl aus wirtschaftlicher Perspektive wie auch aus Umweltsicht. Nachhaltiges Wirtschaften wird nur erfolgreich sein, wenn Transformationsprozesse ohne wirtschaftliche Verwerfungen gelingen und wenn Zielkonflikte aufgelöst werden können.

Ein Blick in die gegenwärtige unternehmerische Praxis zeigt, dass diese die Notwendigkeit zur nachhaltigen Entwicklung längst erkannt haben und ihr wirtschaftliches Handeln danach ausrichten – auch ohne in Rede stehende Berichtspflichten und bürokratische Vorgaben.

Was es braucht, ist eine Politik, die Rahmenbedingungen setzt, die es erlaubt, neue Ideen umzusetzen und auszuprobieren, um den Wohlstand von morgen zu sichern.

Bezahlbare und sichere Energieversorgung gehört dabei zu den wichtigsten Grundvoraussetzungen. Im Sinne einer erfolgreichen Strukturentwicklung steht die sächsische Politik vor der Aufgabe, die schnelle Marktintegration der Erneuerbaren Energien voranzutreiben. Der Blick auf die geopolitischen Abhängigkeiten und den Energiebedarf der Unternehmen in Sachsen zeigt, beim Ausbau der erneuerbaren Energien besteht Handlungsbedarf. Auch wenn der Ausbau voranschreitet, gewinnt er doch nicht den notwendigen Schwung. Vieles bleibt inkonsequent, setzt an der falschen Stelle an, wirkt nicht, oder behindert jene engagierten Akteure, die dringend notwendig sind, um diese Transformation voranzutreiben.

## Probleme, Herausforderungen und zukünftige Trends

In vielen Wirtschaftsbereichen sind massive Transformationsvorgänge angelaufen. Disruptionen von kompletten Geschäftsmodellen zeichnen sich ab. Umfassende Transformationsprozesse bezüglich Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Energie, Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung und Lieferkettenstabilität sind nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine große Gelegenheit sich in einigen zentralen Wirtschaftsbereichen an die Spitze zu setzen. Ein stabiles, planbares und innovationsfreundliches sowie technologieoffenes Umfeld ist essentiell. Während Energiepolitische Themen und diesbezügliche Kostenfragen in der Vergangenheit eher Themen der Industrie waren, sind heute alle Branchen und Betriebsgrößen betroffen. Energie- und Umweltrecht werden zunehmend zum Wettbewerbsinstrument. Geopolitische Trends, dezentrale Energieerzeugung und „Autarkie“ ... Eine wichtige Frage lautet: Schaffen wir es, den Wohlstand und die Wirtschaftskraft unserer Region und unseres Landes trotz tiefgreifender Veränderungsprozesse zu erhalten?

Politischer Beitrag ....

## 1. Technikaffinität und Mut zu Veränderung

Die durch die bevorstehenden Transformationsprozesse zu erwartenden Entwicklungen in der Wirtschaft und allem voran in der Industrie setzen eine technikaffine Gesellschaft voraus. Denn Technologien bergen Chancen und helfen, Probleme zu lösen. Dem Handeln der politischen Akteure kommt in diesem Zusammenhang eine zentrale Bedeutung zu: Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Wirtschaft und Politik, diese besondere Akzeptanz für das gesamte produzierende Gewerbe zu schaffen.

Dafür braucht es:

- Mut, um traditionelle Konzepte neu zu denken;
- eine angebots- und nachfrageorientierte Innovationspolitik, die vorhandene Stärken erkennt und antreibt, radikale Innovationen fördert und Pfadabhängigkeiten aufbricht und für zielgesteuerte Innovationen gesetzliche Rahmenbedingungen frühzeitig mitdenkt, um bereit zu sein, wenn die Innovationen da sind;
- zielgerichtete Energieforschung, die die Entwicklung neuer und besserer klimafreundlicher Technologiegenerationen vorantreibt;
- verständliche Wissenschaftskommunikation bei der frühzeitigen Sensibilisierung für die Chancen neuer Technologien;
- Instrumente, um Wissen interdisziplinär und ressortübergreifend auszutauschen und durch Bildung und Weiterbildung generationsübergreifend weiterzugeben.

## 2. Nachhaltigkeitsstrategie und Umweltallianz Sachsen stärken

Ohne nachhaltiges Wirtschaften verlieren die Unternehmen in Sachsen auf Dauer an Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb muss die sächsische Nachhaltigkeitsstrategie Ziele und Wege aufzeigen, wie der Transformationsprozess ohne wirtschaftliche Verwerfungen gelingen kann und wie unvermeidliche Zielkonflikte aufgelöst werden sollen.

Ein adäquates Arbeitsgremium für diese Thematik existiert bereits: Die Umwelt- und Klimaallianz Sachsen. Diese muss gestärkt und viel stärker in die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen integriert werden.

Wir plädieren daher dafür:

- die Nachhaltigkeitsstrategie zur sächsische Dachstrategie zu machen;
- die Umwelt- und Klimaallianz neu aufzustellen, als Gremium für Anhörungen im Rahmen von Gesetzgebungs- und Strategieprozessen, bei Problemen mit dem Vollzug des Umweltrechts sowie bei der Förderung umweltbewussten Wirtschaftens;
- die unternehmerische Eigenverantwortung zu stärken;
- Betrieben, die über die rechtlichen Vorgaben hinaus freiwillige und besondere Umweltleistungen erbringen öffentlichkeitswirksam zu würdigen.

## 3. Energie- und Klimaprogramm (EKP) und sächsische Wasserstoffstrategie konsequent umsetzen

Im Mittelpunkt aller energiepolitischen Maßnahmen müssen Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Strom und Wärme als zentrale Faktoren eines Wirtschaftsstandorts stehen. Auch kürzere und kürzeste Unterbrechungen oder Spannungseinbrüche können insbesondere bei energieintensiven Unternehmen zu Produktionsausfällen und damit verbundenen erheblichen Schäden führen.

Daher fordern wir:

- den Ausbau erneuerbarer Energien ganzheitlich zu betrachten und unter Beachtung notwendiger infrastruktureller Rahmenbedingungen (Speicher, Netzausbau, Akzeptanz...) in ein Gesamtkonzept fließen zu lassen;
- die bereits im EKP festgelegten Ziele zum Ausbau der Erneuerbaren Energien konsequent umzusetzen;
- die Ausweisung ausreichender Flächen für Erneuerbare Energien und Beschleunigung von Verfahren auf Planungsebene (insbesondere auch bei Versorgern und kommunalen Unternehmen);
- die Umsetzung weitergehender Initiativen und Strategien im Sinne des Maßnahmenplans;

- die Definition von Zielmarken und Meilensteinen zur schnellen Umsetzung der Wasserstoffstrategie
- Pilotprojekte und die Ansiedelung von wasserstoffnahen Produktwertschöpfung – insbesondere in den ehemaligen Kohlerevieren

#### 4. Dezentrale Eigenerzeugung stärken, Emissionen kompensieren und Stromabnahme flexibilisieren

Messtechnische Anforderungen bei der Eigenerzeugung von Strom, z. B. durch das Weiterleiten von Strom an Dritte, haben erhebliche Rechtsunsicherheiten zur Folge. Aus Sicht der Unternehmen führt dies dazu, dass deutlich weniger erneuerbarer Strom erzeugt wird als möglich. Auch das im Erneuerbaren-Energie-Gesetz verankerten Doppelvermarktungsverbot wirkt sich negativ auf Bereitschaft zum Aus- und Zubau von EE-Anlagen aus.

Klimaneutralität rückt für immer mehr Unternehmen in den Vordergrund. Der Bedarf nach Kompensationsmöglichkeiten von Emissionen durch regionale Projekte erfordert mehr Beachtung in der Politik. Die Netzentgeltstruktur begünstigt bisher eine gleichmäßige Stromabnahme. Dies passt immer weniger mit der volatilen Einspeisesituation zusammen.

Wir setzen uns ein für:

- Planungssicherheit und Vertrauensschutz bei der Umsetzung von EE-Ausbauprojekten;
- die Einführung einer Bagatellgrenze in Bezug auf die messtechnischen Anforderungen;
- Entbürokratisierungsmaßnahmen bei PV-Dachanlagen;
- Eine Stärkung der Netz- und Systemdienlichkeit;
- sowohl für die direkte Nutzung von erneuerbarem Strom vor Ort als auch für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Nutzung von Direktlieferverträgen (Power purchase agreements, PPA).

#### 5. Energie- und Materialeffizienz Integrativ betrachten

Energie- und Materialflüsse laufen in Unternehmen integrativ ab, es ist nicht zielführend, diese getrennt voneinander zu betrachten. Alle Bemühungen um Klimaneutralität müssen Prozesse der Kreislaufwirtschaft einschließen.

Deshalb schlagen wir vor,

- das Beratungsangebot der Sächsischen Energieagentur (Saena) um das Thema Rohstoffe und Materialien zu erweitern.
- ein Kompetenzzentrum nach Vorbild des Landes Nordrhein-Westfalen aufzubauen, um stringenter als bisher die Ressourceneffizienz und damit die Wettbewerbsfähigkeit sächsischer Unternehmen zu steigern.
- den Einsatz von modernen Materialien und sparsamen Verfahren (bspw. Carbonbeton, Holzwerkstoffe im Bausektor) immer wieder neu zu prüfen sodass diese der Wirtschaft schnellstmöglich zur Verfügung stehen.

#### 6. Verkehrswende als wichtige Zukunftsaufgabe

Um Energiewende und Klimaschutz erfolgreich voranzubringen, muss auch der Verkehrssektor künftig einen deutlichen Beitrag leisten. Die Eigenschaften und Anforderungen dieses Sektors sind sehr heterogen – von der Personenbeförderung bis zum Transport im Schwerlastverkehr. Eine nachhaltige Verbesserung seiner CO<sub>2</sub>-Bilanz erfordert von der Politik daher einen Mix lokaler Einzelmaßnahmen.

Dieser sollte

- Anreize zur Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf den öffentlichen Nahverkehr sowie des Warenverkehrs auf die Schiene beinhalten;
- auf einen Wettbewerb der Technologien zu setzen und unterschiedliche Antriebstechnologien gleichermaßen fördern;
- neben der Elektromobilität sollte auch die Herstellung und Anwendung klimaverträglicher Kraftstoffe vorantreiben.

## 7. Versorgung mit Rohstoffen sichern und Recyclingpotenziale nutzen

Die Industrie benötigt Planungssicherheit für die Erschließung von Rohstoffvorkommen. Gerade was die Nutzung heimischer Rohstoffe und Sekundärrohstoffströme anbelangt, gibt es noch viel ungenutztes Potenzial. Der Abbau heimischer Rohstoffe erfordert eine kluge Raumordnung sowie ein qualifiziertes Rohstoffmonitoring. Der Einsatz von wichtigen Rohstoffen (bspw. Seltene Erden) aus anderen Ländern muss verlässlich geregelt sein und sollte nicht durch bürokratische Vorgaben erschwert werden. Für eine nachhaltige Rohstoffpolitik müssen zudem Maßnahmen zur Forschung und Entwicklung intensiviert werden.

Wir erwarten:

- Rohstoffpartnerschaften, um die Versorgung mit Rohstoffen zu sichern;
- verstärkte Investitionen in Rohstoffforschung;
- schlüssige und wirtschaftsfreundliche Konzepte zu Wiederverwertung von Rohstoffen;
- Abbau von rechtlichen und administrativen Hemmnissen bei der Verwendung von Sekundärrohstoffen;
- Gleichstellung von Sekundärrohstoffen und Naturmaterialien (besonders mit Blick auf die Ausschreibungspraxis der öffentlichen Hand).

## 8. Wasserversorgung zukunftssicher gestalten

Neben Strom und Wärme zählt auch Wasser zu den wichtigsten Ressourcen – auch in der Wirtschaft. Angesichts zunehmender Dürren ist die Verfügbarkeit von Wasser für Sachsen ein strategischer Standortfaktor geworden. Gleichzeitig treten Starkregen und Hochwasser gehäuft auf. Zudem hat der Braunkohlenbergbau in einigen Regionen schwer gestörte Wasserhaushalte hinterlassen. Deshalb muss es bei der Wasserversorgung künftig neben der Qualität vermehrt auch darum gehen, ausreichende Mengen zur Verfügung zu stellen und die Wasserversorgung insgesamt widerstandsfähiger zu gestalten.

Wir fordern

- im Interesse der wasserverbrauchenden Unternehmen eine klare Strategie des Freistaates, die dieses Thema adressiert und die sich in die Nachhaltigkeitsstrategie einpasst;
- auftretende Zielkonflikte klar zu benennen und aufzulösen.

### Ansprechpartnerin:

Manuela Gogsch | Geschäftsführerin Industrie und Außenwirtschaft | Telefon 0351 2802-133

[gogsch.manuela@dresden.ihk.de](mailto:gogsch.manuela@dresden.ihk.de)

[www.dresden.ihk.de](http://www.dresden.ihk.de)

